S 14 R 392/22

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Nordrhein-Westfalen Sozialgericht Sozialgericht Münster Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 14
Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren -Leitsätze -Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 14 R 392/22 Datum 08.01.2024

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum -

Der Bescheid der Beklagten vom 17.11.2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22.06.2022 wird geĤndert.

Die Beklagte wird verurteilt, dem Kläger ab Rentenantragstellung am 03.06.2020 die volle Rente wegen Erwerbsminderung auf Dauer nach MaÃ∏gabe der gesetzlichen Bestimmungen zu gewähren.

Die Beklagte trägt die erstattungsfähigen auÃ∏ergerichtlichen Kosten des Klägers in vollem Umfang.

Â

Tatbestand

Die Beteiligten streiten $\tilde{A}^{1/4}$ ber den Anspruch des Kl \tilde{A} ¤gers auf \hat{A} Erwerbsminderungsrente , \hat{A} § 43 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI).

Der am 00.00.1969 geborene Kläger brach eine nach Schulabschluss aufgenommene Ausbildung zum Gesellen im Metzgerhandwerk ab. Er war sodann

langjährig als angelernter Schlachthof-Mitarbeiter erwerbstätig. Im Jahr 2002 wechselte er zu einer StraÃ□enbaufirma und arbeitet dort nach eigenen Angaben zuletzt bis 2016 als Facharbeiter für StraÃ□enmarkierung. In der Folgezeit ab 2016 war er angesichts fortgeschrittener Boreliose-Erkrankung, bedingt mutmaÃ□lich durch Zeckenbiss-Ereignis im Jahr 2011, nicht mehr versicherungspflichtig im Arbeitsleben tätig. Er bezieht derzeit Bürgergeld-Leistungen des Jobcenters, also Grundsicherung nach dem SGB II. Ein Grad der Behinderung (GdB) nach dem SGB IX von 20 ist vom Kreis T. als Versorgungsamt anerkannt, nach Aktenlage soweit ersichtlich jedoch nicht höher.

Der Kläger stellte am 02.06.2020 einen Rentenantrag wegen Erwerbsminderung bei der Beklagten und verwies zur BegrÃ⅓ndung auf die Borreliose, Rippenfrakturen, BlutÂhochdruck, Osteoporose, grÃ⅓nen Star, Gelenkschmerzen, metabolisches Syndrom, Vitamin B12- und D3-Mangel, SchweiÃ□ausbrÃ⅓che, extremen Leistungsverlust und psychische Beeinträchtigungen. Der Antrag wurde â□ nach orthopädischer Begutachtung des Klägers durch Dr. F. am 16.10.2020 auf Veranlassung der Beklagten â□ durch diese schlieÃ□lich mit Bescheid vom 17.11.2020 als unbegrÃ⅓ndet zurÃ⅓ck gewiesen.

Â

Dem widersprach der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)er am 30.11.2020 mit der wesentlichen Begr\(\tilde{A}\)\(\tilde{4}\)ndung, dass wegen der verschiedenen kA¶rperlichen Erkrankungen allein schon seine berufliche Leistungsfänknigkeit erheblich eingeschränkt sei. Zusäntzlich bestehe jedoch auch eine seelische Erkrankung. Diese wÃ1/4rde in einer Anpassungsstörung und einem chronifizierten Fatigue-Syndrom bestehen. Auch dies beeintrĤchtige die LeistungsfĤhigkeit. Insgesamt resultiere aus alledem ein LeistungsvermĶgen von unter 3 Stunden tÃxglich. Die Beklagte zog daraufhin noch weitere medizinische Befunde bei und veranlasste schlie̸lich eine 6-tägige ambulante Begutachtung des Klägers bei dem Begutachtungs-Auftragnehmer â∏N.â∏. Mit Bericht vom 09.03.2022 fÃ¹/₄hrten dazu die dortigen Medizinerinnen Frau Dr. S. und Frau M. Sc. B. gutachterlich für die Beklagte aus, es sei in den nun erhobenen psychischen Befunden keine depressive StĶrung oder sonstige krankhafte AuffĤlligkeit festgestellt worden. Als Diagnosen nannten sie: Chronische SchmerzstĶrung mit somatischen und psychischen Faktoren; Verschlei̸ der Lendenwirbelsäule; Bluthochdruck mit daraus folgender Herzkrankheit, HerzrhythmusstĶrungen; Adipositas; beginnender HüftgelenksverschleiÃ∏ beidseits; Fingerpolyarthrose; Zustand nach Borreliose durch Zeckenbiss 2011; Kapselreizung des Kniegelenks beidseits; Sehnenspiegelansatzreizung rechter Ellenbogen.. In der sozialmedizinischen Leistungsbeurteilung wurde für den Kläger ein LeistungsvermĶgen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt von 6 Stunden werktäglich sowie im Beruf des Schlachters von unter 3 Stunden attestiert. Es wurde eine ̸berprüfung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie die Einschaltung eines Integrationsfachdienstes angeraten. Die Beklagte wies auf der Grundlage den Rechtsbehelf durch Widerspruchsbescheid vom 22.06.2022 als unbegründet zurück.Â

Â

Dagegen richtet sich diese am 08.07.2022 bei dem Sozialgericht (SG) N. erhobene Klage. Der KlĤger ist der Auffassung, er sei vollstĤndig und auf Dauer erwerbsgemindert. Denn er kĶnne unter den ļblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes nicht regelmĤÄ∏ig und vollwertig erwerbstĤtig sein, insbesondere nicht mehr zumindest mehr als 3 St bzw. mehr als 6 Stunden werktĤglich arbeiten.

Â

Â

Â

Der KlĤger beantragt,

den Bescheid der Beklagten vom 17.11.2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22.06.2022 zu Ĥndern und ihm ausgehend vom Antrag auf Erwerbsminderung vom 03.06.2020 die Rente wegen Erwerbsminderung nach MaÄ∏gabe der gesetzlichen Bestimmungen zu gewĤhren.

Â

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Â

Sie hält ihre Entscheidung weiterhin fýr zutreffend. Namentlich den Einschätzungen des vom Gericht im Rahmen der Amtsermittlung gehörten psychiatrisch/psychotherapeutischen Sachverständigen Dr. F. aus S. zur Leistungsminderung des Klägers ist die Beklagte zuletzt noch unmittelbar vor dem Termin zur mÃ⅓ndlichen Verhandlung am 08.01.2024 mit beraterärztlicher Stellungnahme der Ã \Box rztin fÃ⅓r Psychiatrie und Sozialmedizin Frau N. vom 03.01.2024 entgegengetreten. Diese Ã \Box rztin sieht sich im Ã \Box brigen durch die sozialmedizinische Leistungsbeurteilung im Bericht nach der mehrtÃgigen sog. â \Box teilstationÃrenâ \Box \Box Begutachtung vom 19.12.2021 bis 23.12.2021 bei dem Auftragnehmer â \Box \Box N.â \Box \Box fÃ4r die Beklagte, Entlassungsbericht vom 09.03.2022, bestÃxtigt. Â

Â

Das Gericht hat Befundberichte der behandelnden Ã\(\textit{\textit{Trzte}}\), insbesondere Haus\(\textit{\textit{A}}\)\(\textit{xrztin}\), Kardiologen, HNO-fachlich sowie bildgebend MRT- und CT-Befunde, betreffend den Kl\(\textit{A}\)\(\textit{xger}\(\textit{A}\) eingeholt. Sodann wurde er gem\(\textit{A}\)\(\textit{A}\)\(\textit{A}\)\(\textit{B}\)\(\textit{103}\),106 Sozialgerichtsgesetz (SGG) gutachterlich untersucht. Im Rahmen der medizinischen Ermittlungen hat das Gericht dazu Gutachten eingeholt von Dr. F., Facharzt f\(\textit{A}\)\(\textit{A}\)r Neurologie und Psychiatrie in Recklinghausen, vom 25.08.2023, nach Untersuchung

des Klägers dort am 04.08.2023, sowie des Orthopäden Dr. M., T., vom Oktober 2023 nach Untersuchung des KlĤgers am 08.09.2023. Nach dessen gutachterlicher Einschätzung kann der Klätiger eine käßperlich leichte und geistig einfache TÄxtigkeit noch 6 Stunden und mehr am Tag ausļben. Jedoch benĶtige er mehr als eine halbstündige/2 viertelstündige Pausen, dahingehend, dass er über einen Zeitraum von 6-8 Stunden eine halbstündige und 2-3 viertelstündige Pausen absolvieren müsse. Es sei aber schwierig, dies nach der kurzen Zeit (ambulanter Untersuchung) abschlieÃ∏end genau anzugeben. Auch nach dem Gerichtsgutachten des Dr. F. kann der Kläger nur noch kägrperlich leichte TÄxtigkeiten verrichten. Angesichts der klinischen Befunde kĶnne eine solche kA¶rperlich leichte und geistig einfache TAxtigkeit noch 6 Stunden und mehr am Tag ausgeübt werden. Wahrscheinlich sei es dabei notwendig, dass der Kläger mehr als 2 viertelstündige Pausen bei der Arbeit einhalte, was aber nach einmaliger amÂbulanter Untersuchung nicht genau quantifiziert werden könne. Wegen der weiteren Einzelheiten beider Gutachten wird auf deren Inhalte verwiesen.

Hinsichtlich der übrigen Einzelheiten des Sach- und Streitsandes wird auf den Inhalt dieser rein elektronisch geführten Gerichtsakte sowie der 2 Bände Verwaltungsakten der Beklagten, die in der mündlichen Verhandlung und bei der Entscheidungsfindung der Kammer vorlagen, Bezug genommen.

EntscheidungsgrÃ1/4nde

Die zulĤssige Klage ist wie tenoriert begründet. Der Bescheid der Beklagten vom 17.11.2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22.06.2022 ist rechtswidrig und verletzt den Kläger in eigenen Rechten. Denn der Kläger hat ein Recht auf die Rente wegen voller Erwerbsminderung ab Antragstellung Anfang Juni 2020.

Rechtsgrundlage dafÃ¹/₄r ist <u>§Â 43 Abs. 2 SGB VI</u>. Volle Erwerbsminderung besteht gemäÃ∏ Â§Â 43 Abs. 2 Satz 2 SGB VI bei einem Leistungsvermögen von unter drei Stunden. Aus den Gesetzesmaterialien sowie dem Regelungsgehalt des Rechtes der Renten wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit folgt, dass Versicherte auch dann voll erwerbsgemindert sind, wenn sie wegen Krankheit oder Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens sechs Stunden tÄxglich erwerbstĤtig zu sein und ihr RestleistungsvermĶgen aus arbeitsmarktbedingten Gründen nicht auf einem Teilzeitarbeitsplatz verwerten können, sog. konkrete Betrachtungsweise. Denn auch nach dem Gesetz vom 20. Dezember 2000 zur Neufassung der Renten wegen verminderter ErwerbsfÄxhigkeit hat sich der Gesetzgeber nicht von der Berücksichtigung der konkreten Arbeitsmarktlage verabschiedet, allg. Auffassung, vgl. nur Gesetzesmaterialien des Deutschen Bundestages BT-Drucks. 14/4230, Seite 23, 25f; Gýrtner in: Kasseler Kommentar zum Sozialversicherungsrecht, SGB VI, §Â 43 Rn 4, 30ff; Verband Deutscher RentenversicherungstrĤger (VDR) in DRV 2-3/2002, S. 96, 136ff.

Hinsichtlich der gesundheitlichen EinschrĤnkungen bestehen danach folgende

Diagnosen/Beschwerdebilder beim KlĤger: Von Seiten des psychiatrischen Fachgebiets eine AnpassungsstĶrung vor dem Hintergrund schwerer kĶrperlicher ErÂkrankung. Im Ä□brigen müsse davon ausgegangen werden, dass nicht ein Zustand nach Borreliose besteht, sondern vielmehr einer Borreliose im SpĤtstadium bestehe. Dr. Lauber führt in seinem Gutachten aus: Von Seiten des orthopädischen Fachgebietes bestehe ein Schmerzsyndrom der Lendenwirbelsäule bei verschleiÃ□bedingten Veränderungen; beginnender HüftgelenkverschleiÃ□ beidseits; Kapselbandreizung beider Kniegelenke bei Varusfehlstellung ohne funktionelle Einschränkung; reizloser Zustand nach kindlich operativ versorgtem Oberarmbruch links; Fingergelenks-Polyarthrose beidseits mit endgradigen feinmotorischen Einschränkungen; aktenkundige Osteopenie . Allgemeinmedizinisch/internistische ergänzt er nach Befundlage noch Folgendes : Adipositas; arterielle Hypertonie; Hypercholesterinämie sowie Nikotinabusus.

Hierauf Bezug nehmend, kann der Kläger nach dem Ergebnis der medizinischen Beweisaufnahme zwar noch qualitativ zumutbare kA¶rperlich leichte und geistig einfache TÄxtigkeiten mindestens sechs Stunden werktÄxglich ausļben. Dies ergibt sich für die Kammer aus einer Gesamtbewertung der widerspruchsfreien, sich ergĤnzenden und bestĤtigenden sowie nachvollziehbaren medizinischen Bewertungen in den beiden von Amts wegen eingeholten Gutachten Darin wird im Einzelnen von den SachverstĤndigen Dr. F. und Dr. M. insoweit ļbereinstimmend ausgeführt, vom Kläger könnten noch leichte körperliche Tätigkeiten durchgeführt werden. Hauptgrund hierfür sei die benannte Borreliose im Späxtstadium mit ausgepräxgter Erschäfpfbarkeit. Er kann nur Lasten von weniger als 10 kg heben und tragen. Und auch dies sollte nicht dauerhaft vom zu Begutachtenden verlangt werden. Es kA¶nnen Arbeiten im Stehen, Gehen und Sitzen durchgefA¼hrt werden. Ä∏berwiegen sollten dabei Tätigkeiten im Sitzen. Es genügt ein gelegentlicher Haltungswechsel. Arbeiten im Knien, Hocken und gebückter Haltung sollten dem zu Begutachtenden nicht mehr abverlangt werden. Bücken sei kurzzeitig möglich. Ã∏ber Kopf- und ̸berschulter-Arbeiten könnten prinzipiell durchgeführt werden, seien aber als Dauerbelastung aufgrund der schnellen ErschĶpfbarkeit zu vermeiden. Arbeiten in Zwangshaltungen könnten nicht durchgeführt werden, ebenso wenig Gerüstund Leiterarbeiten. Das gelegentliche Treppensteigen ist mĶglich, dass Steigen auf kurze Regalleitern, ist als Dauerbelastung jedoch auch nicht mĶglich. Der KlĤger als RechtshĤnder beschrieb am Untersuchungstag beim Hauptgutachter eine verminderte Handkraft beidseits, rechts mehr als links, bedingt durch die Finger-Polyarthrose. Diese Kraftminderung konnte sich in der Form aber nicht klar nachhalten lassen. Glaubhaft nachvollziehen kann der Hauptgutachter die Schilderung, dass es intermittierend zu Schwellungen der HĤnde kĤme. Arbeiten im Freien und Arbeit mit Umwelteinflüssen sind nicht mehr möglich, jedoch Arbeiten an laufenden Maschinen. Arbeiten in Wechsel- und Nachtschicht sind nicht mehr mĶglich. Dies ist bedingt durch die SpĤtborreliose, mit ErschĶpfbarkeit und unregelmĤÄ∏igen Nachtschlaf mit intermittierend auftretenden Müdigkeitsphasen. Es können Tätigkeiten mit zeitweisem bis überwiegendem Publikumsverkehr durchgeführt werden. Zudem kann der KlĤger festgelegte Termine einhalten, er kann jedoch nicht unter Zeitdruck arbeiten wie zum Beispiel bei Akkord- und Flieà | bandarbeit. Bei durchschnittlicher

Intelligenz können geistig mittelschwierige Arbeiten verrichtet werden. Bei festgestellter unterdurchschnittlicher Sorgfaltsleistung und diskontinuierlich Arbeitsweise mit erheblich eingeschränkter Konzentrationsleistung sind nur Arbeiten mit geringen Anforderungen an die geistigen Fähigkeiten der Konzentration, Reaktion, Ã□bersichten Aufmerksamkeit durchführbar. Zudem sind nur Arbeiten mit durchschnittlichen Anforderungen an Verantwortungsbewusstsein, Zuverlässigkeit und geistiger Beweglichkeit durchführbar. Eine Visus-Minderung ist durch die Brille erfolgreich ausgeglichen. Eine Minderung des Gehörs liegt nicht vor. Bildschirmarbeit ist möglich, die umgangssprachliche Verständigung ist möglich. Die Wegefähigkeit ist im Ã□brigen erhalten, der Kläger kann viermal täglich etwas mehr als 500 m in etwas weniger als 20 Minuten zurücklegen, zudem öffentliche Verkehrsmittel ohne Begleitperson auch zu den Hauptverkehrszeiten benutzen. Bedenken hinsichtlich der Fahreignung bestehen nicht.

Â

Â

Ausgehend von alledem kann der KlĤger dem Grunde nach kĶrperlich leichte TĤtigkeiten noch 6 Stunden und mehr am Tag ausļben, sofern die o.g. EinschrĤnkungen berľcksichtigt werden. Allerdings benĶtige er mehr als eine halbstþndige / 2 viertelstündige Pausen. Ã□ber einen Zeitraum von 6-8 Stunden halten beide SachverstĤndige eine halbstþndige und 2 bis 3 viertelstþndige Pausen für nötig. Die EinschrĤnkungen des qualitativen und teils quantitativen Leistungsvermögens bestünden auch seit dem Juni 2020. Wesentliche zwischenzeitliche VerĤnderungen im Sinne einer dauerhaften Verschlechterung oder Verbesserung gab es nicht. Es ist allerdings zugleich für beide Gerichtssachverständigen schwierig, die zusätzliche Pausen-Notwendigkeit nach der kurzen (ambulanten Untersuchungs-)Zeit abschlieÃ□end genau anzugeben.

Â

Gleichwohl kann der Kläger zur Ã∏berzeugung der Kammer (§ 128 SGG) die o.g. TÄxtigkeiten nicht (mehr) unter den ļblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes ausüben. Insoweit geht die Kammer für den Kläger von einer Verschlossenheit des Arbeitsmarktes wegen des Erfordernisses der Einhaltung deutlich betriebsunüblicher Pausen aus. Das Erfordernis der üblichen Bedingungen (des allgemeinen Arbeitsmarktes) normierte der Gesetzgeber bereits im Jahr 2000 im Rahmen der Reform der Â Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit explizit als Tatbestandsmerkmal. Zur Begründung hieÃ∏ es in der Gesetzesbegründung, vgl. BT-Drucks 14/4230, Seite 25,: â∏MaÃ∏stab für die Feststellung des LeistungsvermĶgens ist die ErwerbsfĤhigkeit des Versicherten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, d.h. in jeder nur denkbaren TĤtigkeit, die es auf dem Arbeitsmarkt gibt. Allerdings kommen dabei nur TÃxtigkeiten in Betracht, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt üblich sind. Damit wird sichergestellt, dass für die Feststellung des Leistungsvermögens solche Tätigkeiten, für die es für den zu beurteilenden Versicherten einen Arbeitsmarkt schlechthin nicht gibt (BSGE 80, 24, 34) nicht in Betracht zu ziehen sind. Die damit vom Gesetzgeber in Bezug genommenen Passagen der Entscheidung des BSG, Gro $\tilde{A} \square$ er Senat (GrS), Beschluss vom 19.1.2.1995 $\hat{a} \square \square \hat{A}$ GS 2/95 â∏ BSGE 80, 24ff lauten u.a. â∏Nach den BeschlÃ⅓ssen des GrS beurteilt sich die FÄxhigkeit eines Versicherten nicht allein nach der FÄxhigkeit, Arbeiten zu verrichten, sondern auch danach, durch Arbeit Erwerb zu erzielen. ErwerbsunfÄxhig (EU) ist ein Versicherter, der noch vollschichtig arbeiten kann, zwar nicht schon dann, wenn er arbeitslos ist, weil er bei der Arbeitsplatzsuche der Leistungsgeminderte einen seinem verbliebenen LeistungsvermĶgen entsprechenden Arbeitsplatz nicht finden kann, weil es solche Arbeitsplätze nicht gibt. In seinem vorzitierten Beschluss hatte bereits der GrS entschieden, dass dem nur zur Teilzeitarbeit fĤhigen Versicherten â∏ unabhängig von der Zahl vorhandener Arbeitspläxtze oder dem Verhäxltnis dieser Zahl zu den Personen, die solche ArbeitsplĤtze suchen â∏ der Arbeitsmarkt praktisch verschlossen sei, wenn man ihm nicht innerhalb eines Jahres einen solchen Arbeitsplatz anbieten kA¶nne. Entsprechende Konsequenzen fýr leistungsgeminderte, aber noch vollschichtig einsetzbare Versicherten zu ziehen, hatte das BSG stĤndig abgelehnt. Die

Rechtsprechung geht generell davon aus, dass es fÃ $\frac{1}{4}$ r VollzeittÃxtigkeiten ArbeitsplÃxtze in ausreichendem Umfang gibt und der Arbeitsmarkt fÃ $\frac{1}{4}$ r den Versicherten offen ist, so dass eine diesbezÃ $\frac{1}{4}$ gliche PrÃ $\frac{1}{4}$ fung im Einzelfall regelmÃxÃ $\frac{1}{2}$ ig nicht vorgenommen zu werden braucht. Eine der sechs allgemein anerkannten Ausnahmen ist u.a. die Fallgestaltung des sog. Katalogfall Nr. 1: â $\frac{1}{4}$ Der Versicherte kann zwar an sich noch eine VollzeittÃxtigkeit ausÃx4ben, aber nicht unter den in den Betrieben Ãx4blichen Bedingungenâx1.

Unter Berücksichtigung all dessen kann aufgrund der Formulierung in Â§Â 43 Abs. 3 SGB VI (þbliche Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes), und mit der Rechtsprechung des BSG zum Katalogfall Nr. 1 u.a. eine Verschlossenheit des Arbeitsmarktes bestehen, wenn Arbeitnehmer für eine Vollzeittätigkeit zusätzliche, in den gesetzlichen Vorschriften nicht vorgesehene, Pausen benötigen, wenn auch in der Praxis Arbeitnehmer zu solchen Bedingungen nicht eingestellt werden, (vgl. grundlegend zBA grundlegend grundlegend

Die gesetzlichen Vorschriften zu den vorgesehenen Ruhepausen ergeben sich aus dem Arbeitszeitgesetz (ArbZG) vom 6. Juni 1994. Nach ÂŞÂ 4 ArbZGÂ ist die Arbeit durch im voraus feststehende Ruhepausen von mindestens 30 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als sechs bis zu neun Stunden und 45 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als neun Stunden insgesamt zu unterbrechen (Satz 1). Die Ruhepausen nach Satz 1 können in Zeitabschnitte von jeweils mindestens 15 Minuten aufgeteilt werden (Satz 2). Länger als sechs Stunden hintereinander dürfen Arbeitnehmer nicht ohne Ruhepause beschäftigt werden (Satz 3). Da dabei der Arbeitstag in der Regel nicht mit einer Ruhepause beginnt, würde der KIäger somit für die genau sechsstündige Ausübung einer gualitativ zumutbaren ErwerbstÄxtigkeit zwei solche Pausen von jeweils mindestens 15 Minuten (nach zwei und vier Stunden Arbeit) benĶtigen. Bei einer TĤtigkeit von (bis zu und genau) sechs Stunden werktÃxglich ist allerdings nach dem ArbZG keine Ruhepause (zwingend) einzuhalten. Denn nach Â§Â 4 Satz 1 ArbZG ist die Arbeit erst bei einer Arbeitszeit von mehr als sechs Stunden durch im Voraus feststehende Ruhepausen zu unterbrechen, vgl. auch Â§Â 4 Satz 3 ArbZG. Bei einer Arbeit von mehr als sechs Stunden benĶtigt der KlĤger allerdings mehr als die in Â§Â 4 Satz 1 iVm 2 ArbZG vorgesehenen Ruhepausen, nämlich zweimal noch zusÄxtzlich die Ruhepause von jeweils mindestens 15 Minuten statt der in <u>§Â 4 Satz 1 ArbZG</u>Â mindestens vorgeschriebenen 30 Minuten Ruhepause. Anders ausgedrýckt kann der Kläger zwar noch mindestens sechs Stunden täglich erwerbstätig sein (vgl. zB <u>§Â 43 Abs. 3 Halbsatz 1 SGB VI</u>Â zur zeitlichen Grenze zur Bestimmung des sachliche Versicherungsgegenstandes â∏geminderte Erwerbsfähigkeitâ∏∏).Dafür benötigt der Kläger jedoch bei einer genau sechsstündigen ErwerbstÃxtigkeit tÃxglich zusÃxtzliche Ruhepausen von zweimal mindestens 15 Minuten. Diese sind ihm nach dem ArbZG arbeitgeberseitig keinesfalls zwingend zu gewĤhren. Bei einer mehr als sechsstündigen Erwerbstätigkeit täglich benötigt er mindestens Ruhepausen von insgesamt bis zu einer Stunde. Dieses Bedürfnis þberschreitet wiederum die durch das ArbZG (zwingend) vorgesehene Mindestgrenze von 30 Minuten. Vom

ArbZG zugunsten von Arbeitnehmern abweichende gesetzliche Regelungen, aus denen sich ein Recht auf (mehrere, hier mindestens zwei weitere Pausen bzw. mehr als mindestens 30 Minuten bei einer ErwerbstĤtigkeit von mehr als sechs Stunden werktĤglich ergeben kĶnnte, sind nicht ersichtlich. Inwieweit etwas Anderes im Rahmen bestehender ArbeitsverhĤltnisse gelzten mag, auch bei Verteilzeiten etwa im Ķffentlichen Dienst, kann hier offen bleiben. Denn der KlĤger ist derzeit gerade nicht (abhĤngig) beschĤftigt. Des Weiteren besteht nach Ä \Box berzeugung der Kammer auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ein (faktisches) Einstellungshindernis fÄ 1 ⁄4r Arbeitnehmer, die besondere, Ä 1 ⁄4ber den gesetzlichen Mindestvorgaben hinausgehende, Ruhepausen ausdrÄ 1 ⁄4cklich bei der Verrichtung einer regelmĤÄ \Box igen ErwerbstĤtigkeit benĶtigen. Nach dem im Ä \Box brigen oben ausfÄ 1 ⁄4hrlich referierten Ergebnis der medizinischen Beweisaufnahme bedarf der KlĤger mithin mehrerer zusĤtzlicher, im ArbZG so gar nicht vorgesehener, Ruhepausen.

Die Kammer ist sich auch dabei der Schwierigkeit der Objektivierung der qualitativen und quantitativen (Rest-) LeistungsfÄ α higkeit im allgemeinen und der Beurteilung eines PausenbedÄ α rfnissesÄ im Besonderen bewusst. Sie hÄ α lt dennoch die AusfÄ α rhrungen der beiden SachverstÄ α ndigen fÄ α r schlÄ α ssig und Ä α rberzeugend. Hingegen wird das Ergebnis einer quasi lÄ α ckenlosen, α berwachung und bewusst von der Beklagten hier wie in einigen anderen gerichtsbekannten FÄ α llen auch so gewÄ α hlten Fremd-Inspektion des KlÄ α gers durch die Gesamt-Bedingungen der mehrtÄ α gigen, z.T. sogar α and teilstationÄ α rand benannten Begutachtung des KlÄ α gers im Widerspruchsverfahren vom 19.12.2021 bis 23.12.2021 bei dem Auftragnehmer α h. α fÄ α r die Beklagte, Entlassungsbericht vom 09.03.2022, letztlich vom Gericht nicht als maÄ α geblich akzeptiert.

Denn die Bedenken beginnen bereits angesichts dieser Art und Form von $\hat{a} = Amtsermittlung = Amtsermittlu$

Au \tilde{A} \square erdem ist in Bezug auf den Kl \tilde{A} \square ger hier die Sachbehandlung an sich zweifelhaft, gerade auch im Hinblick auf die die allgemeinen Verh \tilde{A} \square ligkeits-Merkmale konkretisierenden Normen der \hat{A} \S \hat{A} \S 60 ff Erstes Buch Sozialgesetzbuch (Allgemeiner Teil) \hat{a} \square SGB I \hat{a} \square 0, namentlich \hat{A} \S 62 SGB I bez \tilde{A} 1/4 glich der Erforderlichkeit verwaltungsseitig angeordneter Untersuchungen. Insoweit w \tilde{A} \square re mit dem erkennbar gegen \tilde{A} 1/4 ber ambulanten Begutachtungen an

sich deutlich eingriffsintensiveren Begutachtungsmodell â∏Beauftragung von â∏N.â∏ mit mehrtägigen ambulanten, regelmäÃ∏ig mindestens sechsstündigen Begutachtungs-Intervallen im Rahmen der EM-Renten-Verfahren, an eine schon bewusste Instrumentalisierung der Mitwirkungsobliegenheiten im Verwaltungs- bzw. Widerspruchsverfahren, <u>§Â§ 60</u>, <u>66 SGB I</u>, zum Zwecke gerade der Anspruchsverneinung zu denken (vgl. dazu allgemein auch Schärer in: Wolters Kluwer online Kommentar SGB I, Stand 2021, § 62 I, Rn. 1, 2, m.w.Nachw. u.a. aus der Rspr). Denn schlie̸lich ist dieser â∏Modusâ∏ erkennbar nicht vom Grundsatz â∏Reha vor Renteâ∏ vgl. § 9 Abs. 1 Satz 3 SGB VI â∏ der ja auch gerade im Sinne der betroffene Versicherten gilt â∏ geprägt. Vielmehr ist dies augenscheinlich auf verdichtete BestÄxtigung der Belastbarkeit der Versicherten durch die Art und Weise der Untersuchung selbst, guasi im Sinne einer dann nicht mehr bezweifelbaren Belastbarkeit der EM-Renten-Bewerber fÃ1/4r jeweils mindestens sechs Stunden werktÄxglich an mindestens 5 Tagen wĶchentlich, ausgerichtet. Auf eine denkbare Folge derartiger Vorgaben der Beklagten an ihre Auftragnehmer in dem Modell â□□N.â□□, Beklagtenseitig eine Art â∏KOâ∏-Kriterium anzunehmen und gegebenenfalls anderslautende gerichtliche Gutachtenergebnisse erst gar nicht mehr für bedeutsam zu erachten, wäre ebenso klar mit dem allgemeinen Gesetz, <u>§Â§ 103</u>, <u>106 SGG</u> durch gerichtliche Amtsermittlung und im Wege nachfolgender freier Beweiswýrdigung, § 128 SGG, zu antworten.

Â

Unbeschadet des wohl nun erst im Laufe des Jahres 2023 gerichtlich \hat{A} feststellbaren neuen Beklagten- Modus $\hat{a}_{\square}Einberufung$ der Versicherten ambulant $f\tilde{A}^{1/4}r$ mindestens 1 Woche zu $\hat{a}_{\square}N.\hat{a}_{\square}$ wird die \hat{A} Kammer mithin weiterhin allein ausgehend vom Inbegriff der gesamten Beweisergebnisse sehr wohl in freier \tilde{A}_{\square} berzeugungsbildung , \hat{A} \$ 128 SGG, entscheiden.

Hiernach wiederum bleibt es im konkreten Fall dabei, dass die Grunds \tilde{A} ¤tze zum verschlossenen Arbeitsmarkt trotz generell bejahter sechsst \tilde{A}^{1} 4ndiger Erwerbsf \tilde{A} ¤higkeit relevant sind. \hat{A} Konkret war dies unter dem Aspekt der \hat{A} \hat{A} nicht \hat{A} betriebs \tilde{A}^{1} 4blichen Arbeitsbedingungen zu pr \tilde{A}^{1} 4fen. Denn der Arbeitsmarkt gilt bekanntlich trotz an sich mindestens sechsst \tilde{A}^{1} 4ndiger Erwerbsf \tilde{A} ¤higkeit als verschlossen, wenn nur unter nicht betriebs \tilde{A}^{1} 4blichen Arbeitsbedingungen gearbeitet werden kann (BSGE44, 39, 40). Insoweit muss auch die Dauer, Lage und Verteilung der Arbeitszeit \tilde{A}^{1} 4blichen Bedingungen entsprechen (vgl. BSGE 44, 164). Die Ruhepausen k \tilde{A} ¶nnen in Zeitabschnitte von jeweils mindestens 15 Minuten aufgeteilt werden, abgesehen von den hier nicht weiter relevanten k \tilde{A}^{1} 4rzeren sog. Verteilzeiten, vgl. auch zur Aufteilung \hat{A} § 7ArbZG (siehe siehe sie

Benötigt ein Rentenantragsteller wie hier zusätzliche Arbeitspausen, die im ArbZG so gar nicht vorgesehen sind, ist zu prüfen, ob Versicherte unter solchen Bedingungen (überhaupt) eingestellt würden (BSG BeckRS 1993, 30744390) Bei hier mindestens 2 zusätzlichen Arbeitspausen von jeweils weiteren 15

Minuten Dauer bestehen ernste Zweifel, ob derlei ArbeitsplĤtze vorhanden sind. Erforderlich ist dann die Benennung zumindest einer zugĤnglichen VerweisungstĤtigkeit (BSG NZA1987, 38).

Genau das hat die Beklagte trotz gerichtlichen Hinweises in der VerfÃ $\frac{1}{4}$ gung vom 10.11.2023 aber hier auch nicht getan. Sie hat sich erst unmittelbar vor dem Termin zur mÃ $\frac{1}{4}$ ndlichen Verhandlung am 08.01.2024 mit beraterÃ $\frac{1}{4}$ rztlicher Stellungnahme der Ã $\frac{1}{4}$ r Psychiatrie und Sozialmedizin Frau N. vom 03.01.2024 zur Sache gemeldet. Frau N. sieht sich im Ã $\frac{1}{4}$ brigen durch die sozialmedizinische Leistungsbeurteilung im Bericht nach der mehrtÃ $\frac{1}{4}$ gigen sog. â $\frac{1}{4}$ teilstationÃ $\frac{1}{4}$ renâ $\frac{1}{4}$ l Begutachtung vom 19.12.2021 bis 23.12.2021 bei dem Auftragnehmer â $\frac{1}{4}$ l A $\frac{1}{4}$ r die Beklagte, Entlassungsbericht vom 09.03.2022, bestÃ $\frac{1}{4}$ tigt. Â

Â

Die Kammer sah sich trotz dieser Ausgangssituation und vor allem auch unter Würdigung des von den beiden Gerichts-Sachverständigen in ihren Gutachten dargelegten Zweifeln bei gebotener Gesamtbetrachtung weder aus rechtlichen noch tatsÃxchlichen Gründen dazu in der Lage, die von beiden GerichtssachverstĤndigen dargelegte Pausennotwendigkeit beim KlĤger zu ignorieren. Vielmehr l\tilde{A}\tilde{x}sst sich all dieses Beklagten-(=Partei-)Vorbringen f\tilde{A}^1/4r das Gericht nicht ýberzeugend der hiesigen Arbeitsmarkt untypischen Zusatz-Pausen-.Notwendigkeit beim KlĤger entgegen halten. Denn der KlĤger befindet (entsprechende Motivation hierzu unterstellend) aus eigener Kraft nur schwer Iösen können wird. Zum einen bestehen beim Kläger unzweifelhaft somatische Erkrankungen multipler Art und unterschiedlicher AusprĤgung. Ein Schwerpunkt insoweit stellen die Folge-Erscheinungen nach dem Zeckenbiss Ereignis im Jahr 2011 dar. Der KlÄger hatte den UmstÄgnden nach zum anderen auch in der Folgezeit noch eine PersĶnlichkeitsverĤnderung, woran die Ehe scheiterte, die schlie̸lich sogar geschieden wurde.

Â

Demgegenüber ist die beraterärztliche Stellungnahme der Beklagten, verfasst durch die Ã□rztin fþr Psychiatrie und Sozialmedizin Frau N. am 03.01.2024, nach gerichtlicher Ã□berprþfung ernsthaft auch nicht ausschlaggebend. Denn dort wird u.a. auf die exakte Diagnose nach Zeckenbiss-Ereignis 2011 bestanden, das Spätstadium einer Borreliose negiert und das Fehlen einer Liquor-Untersuchung (sic!) in diesem Kontext zwecks Diagnose-Sicherung bemängelt. Mit letzterem Aspekt verlangt die Beraterärztin zu gerichtlicher Ã□berzeugung wegen der Faktoren Punktion und Nervenwasser-Entnahme deutlich mehr, als selbst nach § 63 SGB I bei gebotener und verhältnismäÃ□iger Begutachtung versichertenseitig im Verwaltungs- und Vorverfahren prima vista zu dulden wäre. Jedenfalls sieht das Gericht beim Kläger ein erhebliches AusmaÃ□ nachvollziehbarer Beschwerden infolge der durchaus gewichtigen Gesamtheit medizinischer Leiden. Das darauf bezogene Bedürfnis des Klägers an oben genannten Pausen bewertet die

Kammer, wie bereits erw \tilde{A} $^{\mu}$ hnt, als sachlich zutreffend. Aus diesen Gr \tilde{A} $^{\mu}$ nden h \tilde{A} $^{\mu}$ lt das Gericht auch die Beurteilung der Sachverst \tilde{A} $^{\mu}$ ndigen zum Erfordernis der oben genannten Pausen , u.a. \hat{A} gerade wegen der offengelegten Zweifel/Bedenken von Dr. F. und Dr. M., diesbez \tilde{A} $^{\mu}$ glich f \tilde{A} $^{\mu}$ lerzeugend. Sie legt die Gutachtenergebnisse auch insoweit dieser Entscheidung als weithin schl \tilde{A} $^{\mu}$ ssig und ma \tilde{A} $^{\mu}$ geblich \tilde{A} $^{\mu}$ berzeugend zugrunde.

Â

Somit kann der KlĤger zwar mindestens sechs Stunden tĤglich, aber wegen abweichender Pausennotwendigkeit nicht unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes, Å erwerbstätig sein. Der allgemeine Arbeitsmarkt ist daher fþr ihn verschlossen. Daraus folgt des Klägers auf die Erwerbsminderungsrente, wie dargelegt auch ab Antragstellung im Juni 2020 und auf Dauer.Â

Â

Die Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei BerufsunfĤhigkeit nach <u>§Â 240 SGB VI</u> scheidet hingegen sowohl angesichts des Geburtsdatums des KIägers (03.11.1969) qua legem als auch mangels qualifizierten Berufsschutzes (kein Facharbeiterabschluss /kein Handwerksgesellenbrief etc.) insgesamt aus.

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf Â§Â§Â 183, 193 SGG.

Â

Â

Erstellt am: 23.02.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024